

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kollegen und Kolleginnen! Ich habe mich stellenweise ein wenig wie in einem anderen Film gefunden. Als Herr Prof. Sternberg gerade seine Rede vorgetragen hat, habe ich die ganze Zeit überlegt: Wozu hat er jetzt eigentlich gesprochen? Offensichtlich nicht zu der Unterrichtung der Ministerin.

(Beifall von der SPD)

Das ist sehr traurig. Das ist eigentlich eines Professors nicht würdig, aber ich will mich an dieser Stelle jeder Wertung enthalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sylvia Löhrmann hat gesagt, sie will den Blick nach vorne werfen. Das ist im Prinzip auch richtig. Aber nach Ihren Einlassungen, Herr Prof. Sternberg, muss ich den Blick noch einmal nach hinten werfen; denn es reicht nicht, den Blick nur nach vorne zu werfen und den sozusagen mit Ehrenvisionen Ihrer Vorstellungen von unserer Bildungspolitik in diesem Land zu umreißen, sondern lassen wir uns doch bitte einmal schauen, was in der Vergangenheit eigentlich passiert ist.

Ich will an dieser Stelle noch einmal sagen: Die Vorgängerregierung wollte mit der Einführung von G8, die sie anders eingeführt hat, als wir sie ursprünglich einführen wollten, zeigen, dass sie das entschiedener, schneller und besser kann als wir. Das war der Grundsatz, mit dem Sie angetreten sind. Dass Sie es nicht gekonnt haben, wissen wir in der Zwischenzeit. Eines der Herzstücke Ihrer Schulpolitik, die Schulzeitverkürzung, ist schlicht und einfach eine Bauchlandung geworden. Ihr Ergebnis war nicht durchdacht und mit Unzulänglichkeiten und Problemen, die letztlich auf dem Rücken der Schüler und Schülerinnen ausgetragen wurden, ausgestattet.

(Zuruf von der SPD: Aber warum wohl?)

Denn die Schulzeitverkürzung – ich sage das noch einmal – wurde in die Sekundarstufe I verlagert – anders, als wir es damals als rot-grüne Landesregierung beabsichtigt hatten. Das geschah nicht zufällig. Ziel war die Abgrenzung des Gymnasiums von den übrigen Schulformen, was sich auch an der übrigen Schulpolitik festmachen ließe. Dies korrespon-

dierte mit der von Ihnen gleichzeitig gestarteten Hauptschuloffensive, die sich in der Zwischenzeit auch als katastrophale Offensive für den Steuerzahler erwiesen hat.

Hinzu kam die Einführung der verbindlichen Grundschulgutachten, die wir heute mit dem Schulgesetz in diesem Landtag zurücknehmen werden. Auch dies war ein Teil einer restriktiven, staatlich verordneten Bildungspolitik, die den Bedürfnissen der Menschen im Land nicht entsprach.

Ich habe mir die Mühe gemacht, noch einmal zu schauen, welche Schreiben von Eltern uns im Hinblick auf Ihre Einführung von G8 erreicht haben. Es ist ein riesiger Stapel. Aber es waren Hilferufe, Protestschreiben, die auch Sie erreicht haben und bei Ihnen offensichtlich nicht auf Gehör gestoßen sind. Das heißt, Sie haben nicht wahrgenommen, wie die Bevölkerung, wie die Schulen, wie die Eltern und wie die Schüler auf Ihre Umsetzung von Schulpolitik reagiert haben. Wenn Sie, Herr Sternberg, sich jetzt dahin gehend einlassen und sagen: „All das geschieht schon seit Jahren“, kann ich nur antworten: Nein das geschieht eben nicht seit Jahren. Denn wenn es geschehen wäre, hätten Sie diese Proteste, die in diesem Land nicht zuletzt dazu geführt haben, dass Sie abgewählt worden sind, nicht erlebt, sondern Sie hätten vorher eingelenkt und wären auf die Gespräche eingegangen.

(Beifall von den GRÜNEN)

So schreibt eine Mutter: Phasen der Entspannung und Erholung werden immer kürzer. Hektik bestimmt den Schulalltag. Können Sie sich Siebtklässler vorstellen, die nachmittags um 15:30 Uhr noch chemische Versuche machen und anschließend die Versuche auswerten sollen, um dann noch eine Englischstunde zu haben? – Das, meine Damen und Herren, war Ihre Schulpolitik.

Ich will die Beispiele nicht ausweiten. Aber, die Rückkehr zu G9 – Sie, Herr Sternberg, haben gerade versucht, sie uns als Misserfolg in die Schuhe zu schieben – ist kein Misserfolg. Ich sage Ihnen auch, warum. Frau Löhrmann hat das im Interview sehr deutlich gemacht. Die aktive Auseinandersetzung der Schulen in einem Prozess, sich für G8 zu entscheiden, ist auch eine Frage der Bewusstmachung dessen, was wir hier verändern müssen. Manche Dinge muss man sich in einem aktiven Prozess mit allen Akteuren gemeinsam bewusst machen, um auf diese Art und Weise deutlich zu erkennen, wie sich die eigene Schule, die Schule, in der man arbeitet, zukünftig aufstellen, sich schulorganisatorisch möglicherweise anders gestalten muss, und dazu möglicherweise Unterstützung einzufordern. Genau diese Unterstützung hat Frau Löhrmann heute vonseiten der Landesregierung angeboten.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Die Entscheidung der Gymnasien, sich nicht für G9 zu entscheiden, ist verständlich. Denn sie haben nun schon zwei Jahrgänge, die unterschiedlich laufen. Ein Zurück zu einem neuen G9 hätte einen dritten Jahrgang bedeutet, den man dann mit dem doppelten Jahrgang, den man 2013 zum Abitur führen wird, gleichschalten muss.

Das, was die Gymnasien entschieden haben, ist aber nicht unbedingt das, was die Eltern wollen; das will ich an dieser Stelle auch einmal sagen. Die Stadt Bonn hat sich die Mühe gemacht, alle Grundschulleitern des dritten und vierten Schuljahrs zu befragen, ob sie G8 oder G9 haben wollten. Dabei sind ganz erstaunliche Ergebnisse zutage getreten: 25 % der Eltern des Jahrgangs der dritten und vierten Klassen in der Stadt Bonn haben sich für ein

neunjähriges Gymnasium ausgesprochen. Dennoch hat sich in Bonn kein einziges Gymnasium für G9 entschieden. Das heißt, es gibt zwischen den Bedürfnissen der Eltern und dem, was Sie durch die Schulzeitverkürzung angerichtet haben, offensichtlich eine unterschiedliche Vorstellung, eine unterschiedliche Wahrnehmung, die wir versuchen, passend hinzubekommen.

Der Prozess, der von Sylvia Löhrmann in einem Round-Table-Gespräch angestoßen worden ist, mit allen Beteiligten auszuloten, welche Hilfestellungen den Gymnasien denn zukünftig zur Verfügung gestellt werden können, ist genau der richtige Weg. Betroffene zu Beteiligten machen, ist das, was wir uns auch als Grundsatz gesetzt haben. Wir wollen zuhören und anschließend das, was uns mitgeteilt wird, in schlüssige Politik umsetzen.

Wir wollen, dass Gymnasien individuelle Förderung praktizieren und dass sie nicht nur im Schulgesetz steht. Dass das notwendig ist, sagen uns auch die PISA-Ergebnisse. Denn – Herr Sternberg, das ist vielleicht für Sie ein ganz wichtiger Hinweis – in der Spitzenförderung sind die Gymnasien nicht gut, und eine wirkliche Verbesserung der PISA-Ergebnisse ist in den Gymnasien nicht festzustellen. Die PISA-Ergebnisse sind enttäuschend, sagt Prof. Prenzel, wir müssen vor allem bei den Gymnasien nachlegen. Hier hat sich zu wenig bewegt. Obwohl wir innerhalb des gegliederten Schulwesens die leistungsstärksten Schüler gesondert unterrichten, hat Deutschland im internationalen Vergleich keine Leistungsspitze, so Prenzel. Nur knapp 8 % der deutschen Schüler bringen im Lesen Höchstleistungen. In Japan und Kanada sind es 13 %.

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Über Jahrzehnte nicht gefördert! – Lachen von Sören Link [SPD] – Sören Link [SPD]: Großartig!)

All das, Frau Kollegin, ist nachzulesen in der „ZEIT“, in der Herr Prof. Prenzel und Herr Prof. Klieme ein ausführliches Interview gegeben haben. Im gleichen Sinne konstatiert Prof. Klieme, Leiter des deutschen Konsortiums der PISA-Studie, erst gestern in der „Rheinischen Post“: „Deutsche Gymnasien haben Nachholbedarf bei der Förderung ihrer Schüler.“ Eine Leitidee am Gymnasium sei die eines „Einheitsniveaus“, sagt Klieme weiter, „und wer dem nicht gerecht wird, der muss halt gehen.“

Das macht noch einmal ganz deutlich, dass es nicht so ist, dass die Gymnasien keine Probleme haben und dass auch die Einführung von G8 nicht zu zusätzlichen Problemen geführt hat. Insofern, Frau Ministerin Löhrmann, danken wir Ihnen, dass Sie das auf den Weg gebracht haben: Sieben Handlungsfelder für die Verbesserung und Umsetzung von G8.

Ich erinnere daran, dass 2001, als die ersten PISA-Ergebnisse vorgelegen haben, die Kultusministerkonferenz unter maßgeblicher Führung der SPD-geführten Länder – Nordrhein-Westfalen hat damals eine wesentliche Rolle gespielt – zehn Handlungsfelder aufgelegt hat, von denen heute keines mehr infrage gestellt wird, weil sie dazu geführt haben, dass wir uns in der Bundesrepublik Deutschland anders aufgestellt und unsere Schulen verbessert haben, aber längst noch nicht so gut sind, wie wir sein könnten, wenn wir es noch besser machen würden.

Eltern, Lehrer und Schulleiter haben der Regierung klare Vorstellungen skizziert – übrigens schon zu Ihrer Zeit –, wie man Lernbedingungen optimieren könnte. Diese Vorstellungen sind von Ihnen aber nicht gehört worden.

Ich habe mir die Mühe gemacht, aus den Briefen, die uns erreichten, die wichtigsten Handlungsfelder herauszuschreiben. Schon zu Ihrer Regierungszeit wurden die Hausaufgaben genannt. Immer wieder ist angemahnt worden, dass die Hausaufgaben von den Kindern nicht zu bewerkstelligen seien und dass sie nach einem viel zu langen Unterrichtstag in den Abendstunden sowie an den Wochenenden Hausaufgaben machen müssten. Das, was ich einmal für mich formuliert habe, dass nämlich manche Hausaufgaben Hausfriedensbruch sind, hat sich in der spezifischen Aktualität des G8 neu erwiesen.

(Ralf Witzel [FDP]: Hausfriedensbruch! Meine Herren!)

Es gibt Eltern, Lehrer und Schüler, die an der Ausgestaltung der aktiven Lernzeit beteiligt sein wollen. Ziel muss es sein, die aktive Lernzeit, die Schulzeit und Hausaufgaben umfasst, so zu gestalten, dass Schüler und Schülerinnen dabei Hilfe und Förderung erhalten. Genau das hat Frau Löhrmann heute als eines der Handlungsfelder vorgestellt,

(Beifall von Sören Link [SPD])

und ich denke, genau das ist richtig. Genau das müssen wir tun. Es gibt also einen großen Handlungsdruck und einen riesigen Unterstützungsbedarf.

Das achtjährige Gymnasium wollen wir aktiv begleiten, und dazu ist es notwendig, in der Lehrerfortbildung, im Ganztags und bei der Frage der Selbstorganisation und Selbstverantwortung von Schulen, aber auch bei der Entfrachtung der Lehrpläne und im Hinblick auf Netzwerke aufeinander zuzugehen und gemeinsam gemachte Erfahrungen und Informationen zur Verfügung zu stellen. Schließlich kann nicht jede Schule immer wieder bei null anfangen. Vielmehr können wir die Schulen über einen systematischen Austausch miteinander unterstützen.

Veränderte Stundentakte sind Ausdruck eines verantwortlichen Umgangs mit Lernzeit. Auch hier gibt es Erfahrungen in Schulen, die wir positiv an andere Schulen herantragen können. Es ist also dringend erforderlich, Kompetenzen, die in Schulen vorhanden sind, anderen Schulen zur Verfügung zu stellen, und es ist darüber hinaus sicherlich wichtig, dass den Schulen auch Beratung zur Verfügung gestellt wird, die sie einfordern können. Ich denke, auch dieses werden wir auf den Weg bringen.

Im Interesse einer höheren Transparenz für die Eltern ist es zudem sinnvoll, Ergänzungsstunden in den Stundenplänen deutlich auszuweisen und die fünf zur individuellen Förderung zur Verfügung stehenden Stunden so einzusetzen, dass sie auch tatsächlich für Schülerinnen und Schülern genutzt werden und mit Erfolg gezeitigt sind. Dies ist in der Vergangenheit längst nicht der Fall gewesen. Vielmehr wurden diese Stunden willkürlich eingesetzt und die Möglichkeiten, die diese Stunden boten, nicht ausreichend genutzt.

Gymnasien müssen auch Möglichkeiten haben, in den Fächern Deutsch, Mathematik und Latein geeignete Informationen zu bekommen, wie sie mit Kernlernplänen umgehen. Vielleicht ist es auch denkbar, mit den Schulbuchverlagen Gespräche darüber zu führen, wie man in einer Konzeption die fakultativen Dinge von den verpflichteten Dingen unterscheidet, damit auch hier eine hilfreiche Unterstützung für die Schulen vor Ort möglich ist.

Darüber hinaus sehen wir es als wichtige Ressource an, dass viele Kinder und Jugendliche heute eine Herkunftssprache haben. Diese wird aber nicht ausreichend gefördert. Die Aner-

kennung dieser Herkunftssprache – dies meine ich nicht im Sinne von Zertifikaten, sondern als Anerkennung dessen, dass sie bestimmte Voraussetzungen mitbringen, was das Sprachenlernen angeht – sollten wir in unseren Schulen sehr viel stärker praktizieren.

Meine Damen und Herren, die Gymnasien müssen sich von innen heraus verändern; das haben sie in der Vergangenheit übrigens bereits getan. Eine der wesentlichen PISA-Informationen war, dass eine Expansion des Gymnasiums von 28 auf 33 % erfolgt ist. Dies ist eine ganz normale Entwicklung im Gymnasium. Ich prognostiziere Ihnen, dass diese Expansion weitergehen wird. Das macht deutlich, dass eine Veränderung des Gymnasiums von innen heraus schon in der Vergangenheit erforderlich gewesen wäre. Diesen Prozess haben Sie aber nicht aktiv mitgestaltet.

Herr Sternberg, was fachliche Diskussion angeht, würde mich interessieren, wo wir dieses pädagogisch sinnvolle Diskutieren- Sie haben uns schließlich gerade vorgeworfen, wir würden die Flucht nach vorne antreten, statt uns pädagogisch sinnvoll mit Ihnen zu unterhalten – vertiefen könnten. Unser Angebot steht, mit Ihnen in den Dialog einzutreten, Sie als Opposition anzuhören und mit Ihnen gemeinsam Politik zu machen, wenn diese sozusagen von Erkenntnisgewinn getrübt ist. Diesen Eindruck habe ich allerdings nicht bei allen Anträgen, die bisher von der Opposition kamen. Wir sind nämlich dabei, bestimmte Themen wiederzukäuen, ohne dass es uns in irgendeiner Weise weiterbringen würde. Es wäre also auch an der Qualität der oppositionellen Arbeit zu messen, inwieweit wir Ihre Vorschläge aufnehmen können.

Meine Damen und Herren, Ihre Rückmeldungen sind uns gleichwohl wichtig. Denn wir stehen in der Verantwortung für die junge Generation in Nordrhein-Westfalen, und aus dieser Verantwortung können auch Sie als Opposition sich nicht herausstellen. – Ich bedanke mich.